

# Verbände: Offener Ganztags steht vor dem Kollaps

## Großkampagne gegen finanzielle Schieflage an Grundschulen

Von Tobias Blasius

**Müsseldorf.** Der rot-grünen Landesregierung droht im Wahljahr 2017 heftiger Gegenwind von Eltern und Erziehern. Die sechs Träger der Freien Wohlfahrtspflege in NRW planen eine mehrmonatige Großkampagne gegen die finanzielle Schieflage der Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS). Die jährliche Finanzierungssumme betrage mehr als 400 Millionen Euro. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt (Awo) spricht bereits von einem drohenden Kollaps.

„Wir wollen gegenüber den Betroffenen deutlich machen, dass das Land endlich verbindliche Qualitätsstandards und eine auskömmliche Finanzierung schaffen muss“, sagte Helga Siemens-Weibring von der Diakonie Rheinland-Westfalen-

Lippe. Wer „Betreuen und Bilden statt Zeit-Totschlagen“ am Nachmittag in der Grundschule wolle, müsse dies auch bezahlen.

80 Prozent der aktuell landesweit 305 000 OGS-Plätze für Grundschulkinder werden von den Wohlfahrtsverbänden bereitgestellt. Viele dieser Betreuungsangebote können offenbar nur noch aufrecht erhalten werden, weil große Träger wie Awo, Caritas oder Diakonie sie zurzeit aus eigenen Mitteln querfinanzieren. „Auf Dauer hält das kein Verband durch“, klagte Jürgen Otto, Geschäftsführer der Awo NRW.

Die Kosten pro OGS-Kind beziffern sich nach Angaben der Wohlfahrtsverbände auf rund 3000 Euro im Jahr. Das Land zahle jedoch nur 994 Euro und der kommunale Pflichtanteil liege bei 435 Euro. Wenn finanzschwache Kommunen keine zusätzlichen freiwilligen Bei-

träge leisteten, blieben Caritas & Co. regelmäßig auf mehr als 1500 Euro pro Kind sitzen. Bildungschancen der Kinder hingen zunehmend vom Wohnort ab. Gerade dort, wo Familien mit prekären Lebensverhältnissen überrepräsentiert seien, fehle den Städten das Geld für ein hochwertiges Bildungsangebot in der OGS, so Awo-Geschäftsführer Otto.

In NRW sind 90 Prozent der Grundschulen offene Ganztagsgrundschulen. Fast 45 Prozent aller Kinder nehmen das Nachmittagsangebot wahr. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) verweist stets darauf, dass Rot-Grün die Fördersätze im Zeitraum von 2011 bis 2017 um insgesamt rund 25 Prozent erhöht habe. Laut Wohlfahrtsverbänden können Kostensteigerungen etwa durch Tarifanpassungen für das Betreuungspersonal dennoch kaum aufgefangen werden. *Kommentar S. 1*

KOMMENTAR

Tobias Blasius  
zur Ganztagschule



## Alarmzeichen für das Land

Die Wohlfahrtsverbände sind bei den Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) das, was man neudeutsch „systemrelevant“ nennt. Sie organisieren die Nachmittagsbetreuung für einen Großteil der mehr als 300 000 OGS-Kinder in NRW, wirken mithin in Tausende Familien des Landes hinein.

Dass ausgerechnet sie nun vor einem „Kollaps“ warnen, eine systematische Unterfinanzierung der OGS beklagen und eine Großkampagne im Wahljahr ankündigen, muss einer Landesregierung, die sich „Kein Kind zurücklassen“ auf die Fahne geschrieben hat, zu denken geben. In bald sieben Regierungsjahren ist es offenbar nicht gelungen, die freien Träger als wichtigste Partner an einer entscheidenden Bildungsweg-Gabelung gerade für benachteiligte Kinder mitzunehmen.

Es ist kaum mehr zu übersehen, dass Bildungschancen inzwischen stark vom Wohnort abhängen. Finanzschwache Städte können aufwändige Angebote am Nachmittag oft nicht bezahlen. Dabei hätten Kinder aus bildungsfernen Familien, die dort überproportional beheimatet sind, besondere Förderung und Anregung so bitter nötig. Diese Negativspirale deprimiert nicht nur Wohlfahrtsverbände.